

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft
der Stadt Georgsmarienhütte vom 01.12.2022
Rathaus, Oeseder Straße 85, Saal Niedersachsen, Raum-Nr. 181,

Anwesend:

Vorsitz

Hebbelmann, Udo

Mitglieder

Lietzke, Fabio

Claus, Martin

Dälken, Martin

Dierker, Heinz

Jantos, Annette

Lorenz, Robert

für Welkener, Jörg

Petzille, Christina

Springmeier, Wolfgang

Steinbrink, Tanja

Trimpe-Rüschemeyer, Heinrich

Verwaltung

Bahlo, Dagmar, Bürgermeisterin

Herzberg, Alexander

Happe, Cordula

Menke, Sascha

Hornstein, Anton

Otten, Niklas

Protokollführung

Baller, Jutta

Fehlende Mitglieder

Welkener, Jörg

Zuhörende

Beermann, Volker

Büter, Rainer

Gröne, Christoph

Kir, Emine

Obermeyer, Udo

Spreckelmeyer, Margit

Wallenhorst, Sandra

Presse

Elbers, Wolfgang

Beginn: 18:15 Uhr

Ende: 21:05 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung von Protokollen
2.1.	Genehmigung des Protokolls Nr. 3/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 29.09.2022
2.2.	Genehmigung des Protokolls Nr. 3/2022 über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 29.09.2022
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
4.	Bericht über die finanzielle Lage der Stadt
5.	Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms - mündlicher Vortrag
6.	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 Vorlage: BV/214/2022
7.	Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2023 Vorlage: BV/215/2022
8.	Beteiligungsbericht 2022 Vorlage: MV/048/2022
9.	Beantwortung von Anfragen
10.	Anfragen

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Hebbelmann eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung werden keine Anmerkungen vorgetragen. Die Tagesordnung wird einschließlich Nachtragstagesordnung einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung von Protokollen

2.1. Genehmigung des Protokolls Nr. 3/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 29.09.2022

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 3/2022 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 29.09.2022 wird genehmigt.

2.2. Genehmigung des Protokolls Nr. 3/2022 über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 29.09.2022

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird bei 2 Enthaltungen einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. 3/2022 über die nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft am 29.09.2022 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

Es werden keine wichtigen Mitteilungen vorgetragen.

4. Bericht über die finanzielle Lage der Stadt

Es wird verwiesen auf den Finanzbericht zum Stichtag 30.09.2022, der allen Ratsmitgliedern vorliegt und der bereits in den Haushaltsklausuren der Fraktionen und Gruppen vorgestellt wurde.

Erster Stadtrat Herzberg fasst die Ergebnisse des Finanzberichts wie folgt zusammen:

Im Ergebnishaushalt wird anstelle des geplanten Fehlbedarf in Höhe von rd. 8,9 Mio. € ein Überschuss in Höhe von rd. 1,9 Mio. € prognostiziert. Von dieser Verbesserung in Höhe von rd. 10,8 Mio. € entfallen 5,6 Mio. € auf Allgemeine Finanzierungsmittel (insbesondere Steuererträge), 2 Mio. € auf Personalaufwendungen und 3,2 Mio. € auf die Fachbereichsbudgets und das Budget des Zentralen Gebäudemanagement.

Im Investitionsbereich wurden verschiedene Maßnahmen (noch) nicht durchgeführt und daher in 2023 neu veranschlagt. Für zahlreiche laufende Maßnahmen wird die Bildung von Haushaltsresten erforderlich werden.

Aufgrund dieser Entwicklungen musste die für 2022 bestehende Kreditermächtigung (31,9 Mio. € einschl. Haushaltseinnahmerest) nicht ausgeschöpft werden. Tatsächlich realisiert wurde eine Kreditaufnahme in Höhe von 10 Mio. €.

Ratsmitglied Dälken bittet, dem Protokoll eine Aufstellung der im Rahmen des Bauunterhaltungsprogramms geplanten aber nicht durchgeführten Bauunterhaltungsmaßnahmen beizufügen (*sh. Anlage zu TOP 4*).

Ausschussvorsitzender Hebbelmann erkundigt sich nach dem aktuellen Kassenbestand.

Nachträgliche Antwort der Verwaltung:

Der Kassenbestand beläuft sich aktuell (Stand 02.12.2022) auf rd. 9,6 Mio. €.

5. Vorstellung des Bauunterhaltungsprogramms - mündlicher Vortrag

Es wird verwiesen auf die vom Zentralen Gebäudemanagement (ZGM) vorgelegte „Maßnahmenübersicht Bauunterhaltung und Modernisierung 2023“, in der die für 2023 für die städtischen Gebäude geplanten Unterhaltungsmaßnahmen aufgelistet sind.

Herr Hornstein, Leiter des ZGM, erläutert, dass der für die Bauunterhaltung errechnete kalkulatorische Ansatz nach KGSt sich für 2023 auf 2.575.500 € belaufe. Dieser Betrag sei nach Abstimmung mit dem Ersten Stadtrat aufgrund der begrenzten Personalressourcen im ZGM pauschal um 500.000 € gekürzt worden, so dass für die Bauunterhaltung in 2023 nun 2.075.500 € vorgesehen seien.

Um einzelne Schulen in der Bauunterhaltung stärker voranzubringen, werden Maßnahmenschwerpunkte gebildet. In 2023 liege der Schwerpunkt mit einem Maßnahmenvolumen von insgesamt 710.000 € bei der Regenbogenschule.

Für die Bewirtschaftung der städtischen Gebäude sowie für Mieten und Pachten, Bauhofleistungen, externe Beratungen, Fortbildung, Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände etc. seien weitere rd. 3,75 Mio. € kalkuliert, so dass das Gesamtvolumen des ZGM-Budgets im Ergebnishaushalt rd. 5,8 Mio. € betrage.

Ausschussvorsitzender Hebbelmann dankt Herrn Hornstein für die transparente Darstellung.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer erkundigt sich nach dem Umsetzungsstand verschiedener Maßnahmen an der Antoniusschule. Ihm sei von der Schulleitung berichtet worden, dass es dort bei notwendigen Maßnahmen einen Rückstau gebe. Er bitte darum, das Bauunterhaltungsprogramm auch im Fachausschuss III zu besprechen.

Ratsmitglied Jantos hält das Setzen von Schwerpunkten für sinnvoll. Man solle das Konzept und die Dringlichkeit für bestimmte Projekte aber mit den Schulleitungen besprechen.

Fachbereichsleiterin Happe erklärt, im Dezember sei eine Dienstbesprechung mit den Schulleitungen terminiert. Sie weist darauf hin, dass das Verfahren, das Bauunterhaltungsprogramm in der Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zu beraten, seinerzeit mit der Politik so abgestimmt worden sei. Erster Stadtrat Herzberg ergänzt, die Priorisierung der Bauunterhaltung sei ein Geschäft der laufenden Verwaltung; die Umsetzung der Maßnahmen erfolge nach tatsächlicher Notwendigkeit.

Auf Anfrage von Ratsmitglied Petzille, ob es sich im Hinblick auf das Innenstadtkonzept noch lohne, 25.000 € für die WC-Anlage auf dem Rathausparkplatz auszugeben, antwortet Herr Hornstein, es gebe immer wieder Beschwerden über die Anlage. Wenn dort nichts unternommen werde, müsse die Anlage in ein bis zwei Jahren geschlossen werden.

Hinweis: Die Präsentation zum Bauunterhaltungsprogramm mit ergänzenden Informationen ist als Anlage beigefügt bzw. wurde im Ratsinformationssystem zu diesem Tagesordnungspunkt eingestellt.

6. Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 **Vorlage: BV/214/2022**

Fachbereichsleiter Menke verweist auf die den Ratsmitgliedern vorliegende Änderungsliste zum Stellenplan, die bereits in den Haushaltsklausuren der Fraktionen und Gruppen erläutert wurde.

Von der SPD/FDP-Gruppe wird ein am heutigen Tag eingereichter Antrag verlesen, mit dem im Hinblick auf die Wohngeldreform eine weitere Stelle für den Bereich Sachbearbeitung Wohngeld beantragt wird.

Ratsmitglied Lorenz erklärt, in den letzten 10 Jahren seien 36 neue Stellen eingerichtet worden; jetzt seien weitere rd. 6,5 zusätzliche Stellen vorgesehen. Damit werden die Finanzen auf Dauer stranguliert, weshalb genau geschaut werden müsse, welche Stellen man brauche oder nicht. Das Verfahren der Leistungsgewährung im Bereich Wohngeld sei sehr kompliziert und müsse vereinfacht werden. Hier sei ein Vorstoß des Städtetages erforderlich, wobei auch der Bund aufgefordert werden müsse, für das notwendige Personal zu sorgen.

Ratsmitglied Steinbrink trägt vor, ohne eine Aufstockung des Personals seien erhebliche Wartezeiten zu erwarten, was für die Antragstellenden nicht zumutbar sei.

Von der Verwaltung wird ausgeführt, dass hier wieder einmal das Konnexitätsprinzip verletzt werde, wonach derjenige, der Aufgaben übertrage, auch für die Finanzierung zu sorgen habe. Laut Pressemitteilung des niedersächsischen Wirtschaftsministeriums sei eine Verdreifachung der Anspruchsberechtigten zu erwarten, was gravierende Auswirkungen auf den Personalbedarf habe. Der Städtetag habe bereits eine Vereinfachung des Verfahrens angeregt. Nichtsdestotrotz seien die Kommunen nun in der Pflicht, das Gesetz und das Verfahren umzusetzen.

Bezugnehmend auf den Antrag der SPD/FDP-Gruppe erklärt Herr Menke, die Einrichtung einer weiteren Stelle für die Sachbearbeitung im Bereich Wohngeld sei grundsätzlich möglich, wenn der Rat dies beschließe. Für die im Antrag vorgeschlagene Besetzung durch Auszubildende, die im Sommer ihre Ausbildung beenden, könne keine Zusage gegeben werden, da auch andere Mitarbeitende für eine Besetzung in Frage kämen. Daher werde hierzu eine Interessenabfrage erfolgen. Die Stadt habe aber großes Interesse, die Auszubildenden zu übernehmen, so dass diese ein Angebot zur Übernahme erhalten werden.

Ausschussvorsitzender Hebbelmann lässt über den Antrag der SPD/FDP-Gruppe abstimmen.

Der Antrag auf Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für die Sachbearbeitung im Bereich Wohngeld (EG 9a) wird mit 5 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

Ratsmitglied Lorenz beantragt, die in der Änderungsliste unter lfd. Nr. 1 aufgeführte Stelle (Stabsstelle der Bürgermeisterin – Unterstützung/Vertretung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) zu streichen. Zur Vermeidung von Überstunden sollen die Tätigkeiten im Bereich Presse- und Öffentlichkeit reduziert werden, z.B. werde die Teilnahme an Sitzungen der Ratsgremien nicht für erforderlich gehalten.

Bürgermeisterin Bahlo erklärt, die wahrzunehmenden Aufgaben, wie z.B. Pressearbeit und Betreuung der städtische Homepage, werden immer umfangreicher, so dass hier eine Unterstützung und Vertretungsregelung erforderlich sei.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer führt aus, die Öffentlichkeitsarbeit sei wichtig und die Bürgerinformation zwingend erforderlich. Ansonsten dürfe man sich nicht beschweren, wenn in der Bevölkerung Unmut über fehlende Information entstehe.

Ratsmitglied Claus sieht die Öffentlichkeitsarbeit ebenfalls als wichtig an. Eine dauerhafte Überlastung von Mitarbeitenden dürfe es nicht geben; allerdings solle versucht werden, eine flexible Lösung für eine Unterstützung an dieser Stelle zu finden.

Fachbereichsleiter Menke weist auf die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers für die Mitarbeitenden hin. Auch der Personalrat habe die Überlastung an dieser Stelle bereits angesprochen. Die Teilnahme des Pressesprechers an Sitzungen der politischen Gremien sei sinnvoll, da hier relevante Themen besprochen und wichtige Informationen gegeben werden.

Ratsmitglied Dälken trägt vor, in den vergangenen Jahren sei ein extremer Personalaufbau erfolgt. Für Öffentlichkeitsarbeit seien auch die Bürgermeisterin und der Erste Stadtrat zuständig, zumal die Bevölkerung häufiger durch die „oberste Ebene“ informiert werden möchte.

Ausschussvorsitzender Hebbelmann lässt über den Antrag abstimmen.

Der Antrag auf Streichung der in der Änderungsliste unter lfd. Nr. 1 aufgeführte Stelle (Stabsstelle der Bürgermeisterin – Unterstützung/Vertretung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit) wird bei 4 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ratsmitglied Claus beantragt, auf die in der Änderungsliste unter lfd. Nr. 16 (Fachbereich IV, Klimaschutzmanagement) vorgeschlagene Verstetigung dieser Stelle zu verzichten, da Klimaschutz keine kommunale Aufgabe sei und angesichts der finanziellen Situation bei freiwilligen Leistungen gespart werden müsse.

Frau Jantos trägt vor, der Klimaschutz sei für alle Ebenen ein wichtiges Thema und auch die Kommunen seien gefordert, hier ihren Beitrag zu leisten. Die Klimaschutzmanagerin habe schon nach kurzer Zeit Dinge auf den Weg gebracht und es sei wichtig, die vorhandene Kompetenz zu erhalten und das Thema zu verstetigen. Beim Klimaschutz zu sparen und auf gutes Personal freiwillig zu verzichten sei die falsche Entscheidung.

Ratsmitglied Dälken erklärt, die Stelle sei eingerichtet worden, da sie zeitlich befristet gefördert wurde. Wenn die Förderung entfalle, solle auf eine Verstetigung verzichtet werden.

Bei den Stadtwerken sei mehr Kompetenz vorhanden und das Thema solle dorthin verlagert werden, wo intensiv etwas passiere.

Erster Stadtrat Herzberg stellt die Aufgaben der Klimaschutzmanagerin dar und erklärt, man solle der Klimaschutzmanagerin nicht die Kompetenz in ihrem Fachgebiet absprechen.

Ausschussvorsitzender Hebbelmann lässt über den Antrag abstimmen.

Der Antrag, auf die Verstetigung der in der Änderungsliste unter lfd. Nr. 16 (Fachbereich IV, Klimaschutzmanagement) zu verzichten, wird bei 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

Zu der in der Änderungsliste unter lfd. Nr. 14 aufgeführten Stelle (Sachbearbeitung Brandschutz) bittet Ratsmitglied Dälken um einer Darstellung der wahrzunehmenden Aufgaben.

Hinweis: Mit E-Mail vom 02.12.2022 wurden den Ratsmitgliedern hierzu Informationen zugeleitet.

Fachbereichsleiterin Happe erklärt, bislang stehen für die Wahrnehmung der Aufgaben lediglich 0,15 Stellenanteile zur Verfügung, was bei einem Bestand von über 60 Gebäuden nicht ausreichend sei. Sie habe eine Vollzeitstelle für einen Techniker / Meister nach EG 9b beantragt, um die Stelle besetzbar zu machen.

Erster Stadtrat Herzberg weist darauf hin, dass man sich bei der Eingruppierung zunächst an der vorhandenen Stelle orientiert habe, derzeit aber eine Stellenbewertung erfolge.

Zur lfd. Nr. 18 der Änderungsliste (Stadtplaner/in) merkt Ratsmitglied Dälken an, dass die Einrichtung dieser Stelle nur Sinn mache, wenn gleichzeitig ein Etat zur Umsetzung von Maßnahmen zur Verfügung gestellt werde. Die in den vorherigen Haushalten regelmäßig veranschlagten 500.000 € für die Attraktivierung des Stadtzentrums seien bislang nie ausgegeben worden.

Erster Stadtrat Herzberg erklärt, die Stelle sei befristet und für die Aufarbeitung von Bauleitplanverfahren vorgesehen, da eine Mitarbeiterin in diesem Bereich perspektivisch in den Ruhestand gehe. Außerdem seien in Zusammenhang mit der Ausweisung von Flächen für Photovoltaik zusätzliche Verfahren zu erwarten.

Ratsmitglied Dälken weist darauf hin, dass zahlreiche Stellen in der Verwaltung schon seit längerer Zeit nicht besetzt seien und fragt an, ob geprüft werde, ob Aufgabe sich verändert haben und Stellen dann neu bewertet werden.

Fachbereichsleiter Menke berichtet hierzu, dass regelmäßig Stellenbewertungen gemacht werden, wenn sich Aufgabenveränderungen ergeben. Aus dem laufenden Jahr liegen 36 Stellenbewertungsanträge vor. Die sich aus den Verfahren ergebenden Änderungen werden in die Änderungsliste zum Stellenplan aufgenommen.

Ausschussvorsitzender Hebbelmann lässt nachfolgend über den Stellenplan insgesamt abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst:

Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2023 wird mit der in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderung (eine zusätzliche Stelle EG 9a, Sachbearbeitung Wohngeld) in der vorliegenden Fassung beschlossen.

**7. Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2023
Vorlage: BV/215/2022**

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage mit Anlagen wird verwiesen.

Erster Stadtrat Herzberg erläutert die sich ergebenden Änderungen bei den allgemeinen Finanzierungsmitteln. Nach Mitteilung der Berechnungsgrundlagen für den Finanzausgleich werden die Schlüsselzuweisungen um 2,55 Mio. € höher ausfallen als bislang geplant. Im Gegenzug müsse auch der Ansatz für die Kreisumlage um rd. 2,46 Mio. € erhöht werden, was zu einen auf die höheren Schlüsselzuweisungen und zum anderen darauf zurückzuführen sei, dass der Landkreis Osnabrück eine Erhöhung der Kreisumlage um voraussichtlich 3%-Punkte plane.

Ratsmitglied Dälken trägt vor, in früheren Jahren seien im Bereich der KFZ-Zulassung Überschüsse in Höhe von rd. 100.000 € entstanden, jetzt entstehen hier aufgrund rückläufiger Fallzahlen Defizite in gleicher Höhe. Seit Beginn der Corona-Pandemie werde hier nur noch mit Terminvergaben gearbeitet, was in der Bevölkerung nicht gut ankomme. Wenn die KFZ-Zulassung in Georgsmarienhütte nicht mehr kostenneutral betrieben werden könne, solle sie geschlossen und die Mitarbeitenden anderweitig eingesetzt werden.

Erster Stadtrat Herzberg erklärt hierzu, das Thema sei bereits im Fachausschuss ausführlich diskutiert worden. Nicht nur in Georgsmarienhütte sondern überall seien die Zulassungszahlen rückläufig. Auch habe der Landkreis das Abrechnungsverfahren geändert, wodurch sich eine Verschlechterung für Georgsmarienhütte ergebe. Hierüber sei mit dem Landkreis noch zu sprechen.

Ratsmitglied Dälken bittet um Mitteilung des Ergebnisses der KFZ-Zulassung für das Jahr 2021.

Nachträglicher Hinweis: Das Ergebnis 2021 der KFZ-Zulassung (S. 97 des Haushaltsentwurfs) sowie eine ergänzende Stellungnahme des Fachbereichs II sind als Anlage zum Protokoll beigefügt bzw. im Ratsinformationssystem zu diesem TOP eingestellt.

Ratsmitglied Lorenz verweist auf seinen Antrag, **100.000 € für Ersatzaufforstungen für Waldumwandlungen** einzustellen, da hierzu eine rechtliche Verpflichtung bestehe.

Dieser Antrag wird mit 4 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.

Ratsmitglied Lorenz beantragt nachfolgend, einen Betrag in Höhe von **10.000 € für die Kartierung von Wegeseitenrändern** zum Zwecke der späteren Verwendung als Blühstreifen einzustellen.

Dieser Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Ausschussvorsitzender Hebbelmann lässt anschließend über die vorliegenden Anträge zur Bezuschussung von **Photovoltaik (für Balkonmodule)** abstimmen.

Der Antrag **20.000 €** für ein Förderprogramm „Photovoltaik für Balkonmodule“ zur Verfügung zu stellen, wird mit 5 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

Der Antrag **10.000 €** für ein Förderprogramm „Photovoltaik für Balkonmodule“ zur Verfügung zu stellen, wird mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen mehrheitlich **angenommen**.

Über die im Haushalt 2023 veranschlagten **Investitionen** wird wie folgt beraten:

Ratsmitglied Dierker schlägt vor, den Ansatz für die **Sanierung der Alten Wanne** um ein Jahr zu verschieben, da noch keine Klarheit bezüglich der Förderung bestehe.

Erster Stadtrat Herzberg erklärt, man wisse noch nicht, welche Fristen im Falle einer Förderung gelten werden. Er schlägt vor, hier eine nachrangige Priorität zu setzen, so dass eine Umsetzung grundsätzlich möglich sei.

Ratsmitglied Trimpe-Rüschemeyer spricht sich dafür aus, den Ansatz für 2023 beizubehalten, um handlungsfähig zu sein.

Ratsmitglied Claus weist darauf hin, dass das ZGM erklärt habe, in 2023 keine neuen Projekte beginnen zu können, sondern zunächst laufende Maßnahmen abzuschließen seien. Wenn die Sanierung der Alten Wanne nicht umsetzbar sei, könne sie geschoben werden.

Bürgermeisterin Bahlo führt aus, solange die Aussicht bestehe, 2 Mio. € Fördermittel zu erhalten, solle man die Möglichkeit der Umsetzung offenhalten und die Mittel im Haushalt belassen.

Weitere Ratsmitglieder sprechen sich dafür aus, die Mittel für eine Sanierung im Haushalt zu belassen, um handlungsfähig zu sein. Die Entscheidung über eine Umsetzung solle getroffen werden, wenn ein Bescheid vorliege.

Erster Stadtrat Herzberg weist darauf hin, dass im Falle einer Entscheidung für eine Umsetzung der Maßnahme andere Projekte des ZGM geschoben werden müssen.

Zur Maßnahme **Grünzug Im Loh/Brüggereschweg/Düteweg (I14-20-002)** beantragt Ratsmitglied Dierker, die bislang für 2023 vorgesehenen **Mittel von 90.000 € auf 50.000 € zu reduzieren**, da nun eine andere Umsetzung vorgesehen sei als bislang geplant. **Dieser Antrag wird mehrheitlich angenommen.**

Auf Anfrage aus dem Ausschuss, welche Mittel für den Bau einer **Lärmschutzwand an der B 51** zur Verfügung stehen, antwortet Erster Stadtrat Herzberg, es sei ein Haushaltsrest aus dem Vorjahr vorhanden. Ein zusätzlicher Ansatz sei nicht eingeplant, da derzeit noch nicht bezifferbar. Gegebenenfalls sei vor Umsetzung der Maßnahme noch ein Bauleitplanverfahren notwendig.

Die Einstellung von **10.00 € für die Maßnahme „ZILE-Waldwegebau“** wird mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen **mehrheitlich angenommen**.

Zur Priorisierung von Investitionsmaßnahmen führt Fachbereichsleiterin Happe aus, dass im Bereich des ZGM die Fortsetzung folgender laufender Maßnahmen für die Priorität 1 vorgesehen seien:

- Areal Rehlberg
- Sanierung Sporthalle Realschule
- Sanierung Sophie-Scholl-Schule Kirchstraße
- Mobilbau-Kindertagesstätte in Kloster Oesede
- Krippenhaus Kloster Oesede
- Neubau Michaelisschule (Bauherrenfunktion ZGM)

Als neuem Projekt werde dem Neubau der Kindertagesstätte Oesede höchste Priorität eingeräumt, da hier ein Rechtsanspruch auf Betreuung zu realisieren sei.

Zur Maßnahme „Hochwasserschutzbecken Stadtzentrum“ erklärt Erster Stadtrat Herzberg, der für diese Maßnahme für das Jahr 2023 eingeplante Betrag in Höhe von 2,7 Mio. € könne in unterschiedliche Prioritäten aufgeteilt werden. Die Planungsleistungen sollten die Priorität 1 erhalten, die restlichen Ausgaben die Priorität 2, wobei die Aufteilung des Betrages noch durch den Fachbereich IV zu ermitteln sei.

Aus dem Ausschuss werden zu diesem Vorschlag keine Bedenken geäußert.

Nachträglicher Hinweis: Laut Angaben des Fachbereichs IV sollen 700.000 € in Priorität 1 und 2.000.000 € in Priorität 2 eingeordnet werden.

Ratsmitglied Claus weist auf die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers hin und fragt an, warum die Erweiterung der Sozialräume auf dem Bauhof keine Berücksichtigung für das Jahr 2023 gefunden habe.

Erster Stadtrat Herzberg führt aus, die Maßnahme sei aufgrund der angespannten Personalsituation im ZGM auf die Jahre 2024/2025 geschoben worden. Die Möglichkeit der Fremdvergabe werde geprüft. Dies sei mit dem Bauhofleiter auch kommuniziert worden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt Ausschussvorsitzender Hebbelmann über den **Gesamthaushalt** abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen mehrheitlich gefasst:

a) Die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan 2023 wird in der vorliegenden Fassung mit den in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderungen beschlossen.

Folgende Beschlussempfehlung wird bei 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung einstimmig gefasst:

b) Das Investitionsprogramm für den Zeitraum 2023 bis 2026 wird in der vorliegenden Fassung mit den in der heutigen Sitzung beschlossenen Änderungen beschlossen.

8. Beteiligungsbericht 2022
Vorlage: MV/048/2022

Auf die zu diesem Tagesordnungspunkt vorliegende Vorlage mit Anlage wird verwiesen.

Der Beteiligungsbericht wird von den Mitgliedern des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft zur Kenntnis genommen.

Ratsmitglied Claus weist darauf hin, dass im Beteiligungsbericht bei den Ausführungen zu den Gremien und Organen des Eigenbetriebs Abwasser an einer Stelle der Begriff „Betriebsrat“ statt „Betriebsausschuss“ verwendet werde.

Nachträglicher Hinweis: Eine insofern berichtigte Version des Beteiligungsberichtes wurde zu diesem Tagesordnungspunkt in das Ratsinformationssystem eingestellt.

9. Beantwortung von Anfragen

Zu beantwortende Anfragen liegen nicht vor.

10. Anfragen

Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Hebbelmann
Vorsitz

Herzberg
Erster Stadtrat

Baller
Protokollführung